

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Sommertour 2010

Die diesjährige Sommertour der Brandenburger Bundestagsabgeordneten der LINKEN fand in der Woche vom 12. bis 16. Juli statt. Auch der Landkreis Teltow-Fläming und hier die Region Nuthe-Urstromtal und Luckenwalde waren Station.

Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion, und Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin, waren als Vertreter der Landesgruppe bei uns.

Besucht wurden von Kirsten Tackmann der Agrarbetrieb „Der Märker“ in Jänickendorf und von Dagmar Enkelmann die Kindertagesstätte „Nuthe-Wichtel“ in Woltersdorf. Hier war dann auch unsere direkt gewählte Landtagsabgeordnete, Kornelia Wehlan, mit von der Partie und man bestaunte, was in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal für die Kleinen Tolles geschaffen worden war.

Froh ist man in der neuen KITA über die Erhöhung des Kita-Personalschlüssels, der vom Land finanziert wird. Doch eine Kollegin für sechs Krippen- und eine für zwölf Kitakinder sei noch nicht optimal. Sehr ungünstig wirkt sich auch die lange Arbeitszeit auf die Verweildauer der Kinder in der Kita aus.

Am Abend dann fand im Kreis-

haus in Luckenwalde noch ein Forum mit den Abgeordneten und Nuthe-Urstromtals Bürgermeisterin, Monika Nestler, statt, in dem die anwesenden Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hatten, zu aktuellen politischen Vorgängen in Bund und Land Fragen zu stellen.

Davon wurde auch rege Gebrauch gemacht: Zur Sprache kamen die Bundeswehr in Afghanistan, die zurückliegende Bundespräsidentenwahl, die Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung oder auch Rot-Rot in Brandenburg. „Es ist immer wieder spannend, wie Bundespolitik in den Landkreisen ankommt“, sagte Dagmar Enkelmann. Kirsten Tackmann ergänzte, dass „Hartz IV das Schicksal dieser gesamten Region sei. Da interessieren sich die Menschen für Finanzen“.

Freudiger Höhepunkt war sicherlich auch die Übergabe eines Spendenschecks des Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE. an den Förderverein Naturpark Baruther Urstromtal e.V. in Höhe von 700 Euro, der von Carsten Preuß entgegengenommen wurde. Finanziert werden soll damit ein Konzert mit dem deutschen Musiker und Liedermacher Hannes Wader am 24. November in der Dreifaltigkeitskirche in Zossen.

Red.

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 9

Zitiert ...

Die ersehnte Ruhe in der Freizeit hat auch ihre Tücken. Man könnte zum Nachdenken kommen.

Oliver Hassenkamp

DIE LINKE.

EINE VON UNS

Im Gespräch mit Gabi Pluciniczak

Gabi: *Margitta, würdest Du Dich bitte den Lesern mit Deinen wichtigsten Daten und Deinem persönlichen Werdegang vorstellen?*

Margitta: Ich wurde in Luckenwalde geboren und habe die meiste Zeit meines Lebens in Luckenwalde verbracht. Auch meine Tochter und die vier Enkelkinder wohnen in Luckenwalde.

Nach dem Abitur habe ich eine Berufsausbildung als Industriekaufmann im Wälzlagerwerk Luckenwalde begonnen und war im Anschluss daran in mehreren Luckenwalder Betrieben, jeweils im kaufmännischen Bereich, tätig. In dieser Zeit nahm ich auch mein Fernstudium in der Fachrichtung Ökonomie auf. Danach promovierte ich im Rahmen einer außerplanmäßigen Aspirantur, also wieder „neben“ der Arbeit im Betrieb.

Unmittelbar nach der Wende gab ich meine Tätigkeit als ökonomischer Direktor eines heute nicht mehr existierenden Luckenwalder Betriebes auf. Danach war ich „bis zur Rente“ als Prokuristin in der Firma Rose tätig. So kam es, dass mein Bruder mein Chef wurde. Im jetzigen Unruhestand engagiere ich mich ehrenamtlich sehr vielseitig, so u. a. im Förderverein Jakobikirche. Die Behauptung: „Rentner haben niemals Zeit!“, trifft auf mich uneingeschränkt zu.

Gabi: *Was hat Dich bewogen, Dich „Links“ zu engagieren?*

Margitta: Ich bin parteipolitisch nicht gebunden, was keinesfalls heißt, ich wäre unpolitisch In einer Gesellschaft, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, in der Kriege hingenommen werden, als wären es Naturkatastrophen, und in der Millionen Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können, sollte sich jeder dafür einsetzen, dass es Schritt für Schritt



Dr. Margitta-Sabine Haase

ein wenig besser wird. Das Bemühen darum sehe ich bei der LINKEN am stärksten ausgeprägt.

Gabi: *Als Mitglied der Stadtfraktion DIE LINKE bist Du schon vielen bekannt. Gib uns doch mal einen kurzen Einblick in Deine Fraktionstätigkeit.*

Margitta: Als gebürtige Luckenwalderin war ich auch schon früher einigermaßen bekannt. In der Stadtverordnetenversammlung musste ich zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund der Mehrheitsverhältnisse häufig Kompromisse in den Beschlüssen gemacht werden müssen.

In unserer Fraktion arbeiten wir im Interesse der Sache gut zusammen. Dabei ist es unerheblich, ob ich (oder ein anderes Mitglied der Fraktion) tatsächlich der LINKEN angehöre oder nicht. Ich bin davon überzeugt, dass DIE LINKE sich ihre Akzeptanz bei den Bürgern durch ihre nachhaltige Sacharbeit erworben hat. Nicht umsonst ist sie die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

In dieser Konstellation wurde ich von meiner Fraktion als ehrenamtliche Aufsichtsratsvorsitzende der Städtischen Betriebswerke vorgeschlagen und von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Der Stadt

Luckenwalde gehören 51 Prozent der Städtischen Betriebswerke; 49 Prozent sind in privater Hand. Naturgemäß haben die Kommune und die privaten Miteigentümer nicht immer dieselben Interessen und Vorstellungen. Es kommt also darauf an, dass möglichst alle kommunalen Vertreter mit einer Stimme sprechen.

Die jüngsten Indiskretionen, vermutlich aus dem Umfeld der Stadtverordneten, sind nicht geeignet, eine vernünftige Sacharbeit zu unterstützen. Aber darum ging es auch nicht. Wer nimmt schon zur Kenntnis oder ist sogar erfreut darüber, dass die Gaspreise der Städtischen Betriebswerke Luckenwalde im Vergleich mit anderen ausgesprochen günstig aussehen und mindestens bis zum Jahresende so bleiben, während andernorts Preiserhöhungen die Runde machen? Kaum jemand bemerkt es, sicher auch nicht die indiskreten Informationsgeber.

Gabi: *Nun wissen auch viele von Deinem Engagement für die Jakobikirche Luckenwalde, gemeinsam mit Deinem Mann Rudolf. Wie kam es dazu?*

Margitta: Als die evangelische Kirchengemeinde seinerzeit im Amtsblatt um Spenden für die defekte Turmuhr bat, beteiligten wir uns. Als uns dann gute Bekannte das Innere der zu dieser Zeit geschlossenen Kirche zeigten, waren wir einerseits erschüttert, welch beklagenswerter Anblick sich uns bot, aber andererseits waren wir von der verbliebenen Schönheit dieser Kirche begeistert.

So wie uns ging es auch einer Reihe anderer Luckenwalder Bürger. Herr Pfarrer Riemer „sammelte“ diese Bürger. Gemeinsam wurde beraten, was wir tun könnten.

Das Ergebnis war schließlich die

*Fortsetzung
auf Seite 3*

Zuckertütenfest im Zeichen der Solidarität und ROTER KATER

Fortsetzung von Seite 2

Gründung des Fördervereins Jakobikirche e.V.. Wir wollten die Kirche wieder mit Leben erfüllen und gleichzeitig Spenden sammeln, um zu helfen, dieses stadtbildprägende Gebäude allmählich (nach Kassenlage!) in einen besseren Zustand zu versetzen.

Das war vor etwas weniger als vier Jahren. Wir hatten Glück. Die Bürger haben diesen Gedanken angenommen und uns nicht nur durch Spenden, sondern auch durch den Besuch unserer Veranstaltungen unterstützt. Viele hier ansässige Firmen haben uns ebenfalls mit Geld oder unentgeltlichen Leistungen unterstützt. In der Stadtverwaltung haben wir immer offene Ohren für unsere Bitten gefunden.

Inzwischen wird die Jakobikirche wieder wahrgenommen als ein Ort, wo Konzerte, Gottesdienste und andere Veranstaltungen stattfinden. Obwohl wir noch lange nicht am Ziel unserer Wünsche sind, hat sich auf dem Gebiet der Sanierung/Restaurierung schon einiges getan. Ende 2009 wurde der Förderverein Jakobikirche mit dem Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming in der Kategorie „Aktivitäten und Initiativen zur Rettung, Sicherung und Bewahrung eines Kulturdenkmals“ ausgezeichnet.

Wahrscheinlich macht uns allen die Arbeit im Förderverein so viel Freude, weil wir dasselbe Ziel verfolgen, unabhängig davon, ob der einzelne religiös gebunden ist oder nicht, ob er Unternehmer oder Arbeitnehmer, ob er jünger oder älter ist. Bei uns gibt es keine einträglichen Posten zu verteilen, nur jede Menge ehrenamtliche Arbeit. Und trotzdem oder gerade deshalb funktioniert es.

Hier wird im Kleinen das praktiziert, was ich mir unter einer gut funktionierenden Bürgerschaft vorstelle. <

„Solidarität in der Familie, Schule und in der Welt“ war das Thema beim Malwettbewerb in diesem Jahr.

Graue Wolken konnten die ABC-Schützen mit ihren Eltern oder Großeltern nicht aufhalten, zum Zuckertütenfest, zu Spiel und Spaß am Spielplatz Kultur-



I. Petzhold, K. Wehlan, M. Böttcher

quartier zu kommen. Wie in jedem Jahr fand eine Woche vor Schulbeginn dieses Fest in Jüterbog statt. Und pünktlich zu Beginn, während der Eröffnungsrede unserer Vorsitzenden, Maritta Böttcher, ging die Sonne auf.

Für die kleinen Künstler, die die ersten Plätze im Malwettbewerb belegten, gab es als Erinnerung ein T-Shirt mit dem Logo „Zuckertütenfest 2010“ sowie kleine Preise. Siegerin wurde Cheyenne Malke.

Kornelia Wehlan übergab die Preise an die sechs besten Zeichnerinnen und Zeichner. Unser Maskottchen hat einen Namen: ROTER KATER setzte sich eindeutig aus 34 Namensvorschlägen durch. Es wurde gesungen, getanzt, gebastelt, gelernt und gelacht. Petzi's Kinderland sorgte mit vielen Helferinnen dafür, dass alle Kinder auch etwas Selbstgebasteltes mit nach Hause nehmen konnten. Manche gingen auch als Prinzessin oder Tiger nach Hause, sehr künstle-

risch angemalt. Die Polizei war dabei und die beiden Wagen wurden von den Kindern regelrecht belagert.

maXXEvent sorgte für Stimmung. Großer Hit der Kinder war das Lied „Alle Kinder lernen lesen – Indianer und Chinesen ...“. Die Zuckertüten lagen unter einem bunten Tuch, welches mit großer Freude hochgeschwungen

wurde und jede Schulanfängerin und jeder Schulanfänger konnte sich eine Schultüte aussuchen. Da glänzten die Kinderaugen! Der liebevoll gebackene Kuchen wurde in diesem Jahr alle. Also liebe Bäckerinnen und Bä-

cker: Es hat geschmeckt! Zum Schluss stiegen viele Ballons mit den Wünschen der Kinder, die auf einer Friedentaube geschrieben wurden, in den Himmel. Es war wieder schön und wirkungsvoll,

auch wenn nicht nur die ärmsten Kinder da waren. Auf jeden Fall sind alle schlauer und glücklich nach Hause gegangen. Wir bedanken uns bei unseren Sponsoren: Mario Felgentreu, Druckservice Gorisek, Kulturquartier, Fa. Briegel, MAZ, Tafel und bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in und außerhalb unserer Partei, ohne die das Fest nicht stattfinden könnte.



Fotos: P. Haase

Linke Politik im Landtag

Bildungs-Chipkarte ist keine Lösung

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie endlich die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom Februar d. J. umsetzt. Ein Regelsatz, der dem Bedarf von Kindern gerecht wird, ist ja nicht erst seit dieser juristischen Entscheidung überfällig. Der Vorschlag von Frau von der Leyen, bestimmte Angebote über Chipkarten abzudecken, wäre bestenfalls ein zweiter Schritt. Der erste Schritt ist ein kindgerechter Regelsatz – und zwar grundsätzlich als Geldleistung. Pläne wie die der Bundesarbeitsministerin reproduzieren immer wieder das Bild von Rabeneltern, die ihren Kindern etwas vorenthalten. Dies entspricht nicht der Realität und stigmatisiert Menschen, die keine Arbeit haben und von Grundsicherung leben müssen.

Gutscheine oder Guthaben auf Chipkarten sind als Zusatzleistungen für Kinder und Familien denkbar, und zwar für alle Familien. Im Übrigen jedoch bliebe die Chipkarte in vielen ländlichen Regionen ein nutzloses Stück Plastik: Denn viele Kinder können entsprechende Angebote gar nicht erreichen.

Menschen mit Behinderungen sollen zur Kasse gebeten werden

Von der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbemerkt sollen im bevorstehenden Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderung massiv beschnitten werden. Geplant ist, die bisher geltende Rundfunkgebührenbefreiung für Menschen mit Behinderungen abzuschaffen. Bisher galt, dass Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung öffentliche kulturelle Veranstaltungen und Angebote nicht nutzen können, durch den Ausgleich die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Bislang sind blinde und hörgeschädigte Menschen von den Rundfunkgebühren befreit – wie auch Men-

schen, deren Grad der Behinderung wenigstens 80 Prozent beträgt und die deshalb nicht an öffentlichen Veranstaltungen ständig teilnehmen können.

Nach derzeitigen Planungen sollen die Betroffenen – sofern sie finanziell leistungsfähig sind – zum 01. Januar 2013 erstmalig mit einer Gebührenpflicht in Höhe von 5,99 Euro im Monat belastet werden. Dies würde auch gemeinnützige Einrichtungen für Behinderte und Jugend- und Altenpflege betreffen.

Die geplante Neuregelung der Rundfunkgebührenabgabe bedeutet eine klare Schlechterstellung für die betroffenen Menschen mit Behinderungen. Die bisherige Befreiung von den Gebühren stellt einen behinderungsspezifischen Nachteilsausgleich dar, der bisher nicht an das Kriterium der finanziellen Leistungsfähigkeit geknüpft war.

Nachdrücklich fordern wir, dass die Pläne zur Abschaffung der Rundfunkgebührenbefreiung für Menschen mit Behinderung umgehend fallen gelassen werden.

Steuer auf Windräder ernsthaft prüfen

Die Kritik der bündnisgrünen Landesvorsitzenden an Wirtschaftsminister Ralf Christoffers sind absurd und nicht haltbar. Nur weil er sich offen für eine Steuer auf Windräder zeigt, wird ihm eine „rückwärtsgewandte Energiepolitik“ vorgeworfen. Den Grünen scheint mittlerweile jedes Mittel recht und kein Argument zu primitiv zu sein, um die Arbeit des Wirtschaftsministers in Frage zu stellen. Deswegen sei daran erinnert: Die rot-rote Koalition hat sich mit dem Koalitionsvertrag verpflichtet, Regelungen zum Vorrang und Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen. Fakt ist auch, dass erneuerbare Energien grundsätzlich eine große Akzeptanz besitzen. Umfragen belegen dies sehr eindeutig.

Doch je konkreter bestimmte Vor-



haben werden, desto stärker entwickeln sich Kritik und Ablehnung. Denn oftmals entsteht der Eindruck, dass die Lasten in der Region bleiben, die Gewinne aber aus der Region abgeführt werden. Dies könnte eine Steuer auf Windkraftanlagen ändern. Deshalb sollte die Möglichkeit, diese Steuer zu erheben, geprüft werden. Dabei hat der Minister die volle Unterstützung der Linksfraktion. Da die Steuer auf Windkraftanlagen eine zusätzliche Einnahmequelle für Kommunen wäre, könnte sie deren Interesse an zusätzlichen Flächenausweisungen für Windenergie fördern. Zudem würde eine solche Steuer voraussichtlich zu einer größeren Akzeptanz der Windräder vor Ort beitragen, weil die Kommunen und damit die Bürgerinnen und Bürger konkrete, geldwerte Vorteile von den erneuerbaren Energien hätten. Klar ist: Die Fragen rund um das Thema sind eine sehr komplexe Materie. Sie berührt die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Schnelle Antworten oder besser Lösungen sind deshalb zwar wünschenswert, aber nicht so rasch zu erwarten. Im Übrigen: Die Aufforderung der Grünen, der Minister solle ihre Forderung nach einer Revision der Gewerbesteuer unterstützen, ist besonders bemerkenswert. Denn hierbei sei daran erinnert: Es war die Gemeindefinanzreform unter Rot-Grün auf Bundesebene, bei der genau diese Revision nicht berücksichtigt wurde und schließlich nur Hartz IV und die bekannten Folgen übrig blieben. <

Unterwegs in meinem Wahlkreis Sprechstunde unter freiem Himmel

Auch in diesem Jahr nutzte ich die parlamentsfreie Zeit in den Sommermonaten, um über Land zu fahren und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Und es wird schon anerkannt, dass DIE LINKE nicht nur zu Wahlzeiten unterwegs



Im Gespräch vertieft

ist und sich auch nicht scheut – nun in Regierungsverantwortung – „unliebsame“ Fragen wie zur Haushaltsperre und zur Polizeireform zu beantworten. Die diesjährige Landtour führte mich nach Dahme/Mark, Jüterbog und Luckenwalde. Meine öffentlichen Sprechstunden auf den Märkten haben mittlerweile einen



Auf dem Marktplatz in Dahme

gewissen Wiedererkennungseffekt. In Jüterbog wird mir ein kleiner Blumenruß vom örtlichen Blumenhändler auf den Tisch gestellt, es war schon im 2009er Wahlkampf so. In Dahme gibt es die ersten Gespräche mit den Händlern, wir stehen mit unserem Infostand immer beim Bäcker-



Fotos: T. Senst

Blick zum Rathaus. Bei der örtlichen Gemüsehändlerin und dem Zagelsdorfer Selbsthilfeprojekt versorge ich mich mit frischem Gemüse und bin sofort wieder im Gespräch über

den unzufriedenen Zustand der Landesstraße, auch dass es ziemliche Unruhe an der Dahmer Grundschule gibt. Auch in Luckenwalde kamen Bürger schon gleich mit einem Lächeln im Gesicht auf uns zu und mit Worten wie: „Gut, dass ich Sie

treffe, Frau Wehlan ...“ wurde sofort das Gespräch gesucht. Manch einer folgte der Ankündigung des Infostandes in der hiesigen Presse, um mit der Landtagsabgeordneten mal persönlich ein paar Worte wechseln zu können. Fazit von Tina Senst, Wahlkreismitarbeiterin: „Auch die diesjährige Landtour hat gezeigt, dass die

Bürgerinnen und Bürger von der LINKE erwarten, dass sie nah an den Menschen ist, ansprechbar, streitbar und immer mit einem offenen Ohr für Sorgen und Nöte. Bis in die letzten Winkel ihres Direktwahlkreises ist Kornelia Wehlan als Landtags-

abgeordnete bekannt und wird für ihre Arbeit geschätzt. So hat auch diese Tour oft den Charakter des Wiedersehens mit „alten Bekannten“. <

Regionalkonferenz

Am Sonnabend, dem 18. September 2010 findet von 11.00 bis 18.00 Uhr in der Stadthalle Rostock die Regionalkonferenz der Landesverbände Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin statt.

DIE LINKE hat mit der Debatte um ihr Grundsatzprogramm begonnen. Die Diskussion wird zum Teil kontrovers geführt – „Politischer Text mit weltanschaulicher Dimension“ – „Schwarz-Weiß-Malerei“.



Um die Debatte voranzubringen finden Regionalkonferenzen statt. Die in Rostock soll unter anderem folgende Bereiche betreffen:

- Kapitalismuskritik
- Gegenwärtige Krise
- Wandel der Arbeitsgesellschaft
- Sozialismus im 21. Jahrhundert.

Ablaufplan:

11.00 Uhr Prof. Dr. Dieter Klein: „Die Welt, in der wir leben“ (Vortrag und Debatte)

14.00 Uhr Helmut Holter, Katja Kipping u. a.: „Zwischen guter Arbeit und bedingungslosem Grundeinkommen – Der tiefgreifende Wandel der Arbeitsgesellschaft“ (Podiumsdiskussion)

16.00 Uhr Kerstin Kaiser, Christoph Spehr: „Sozialismus im 21. Jahrhundert – Demokratischer Sozialismus“ (Thesen, Debatte)

*Interessenten melden sich bitte in der Kreisgeschäftsstelle
DIE LINKE in Luckenwalde unter
03371-632267.*

Notizen aus dem Karl-Liebnecht-Haus

von Maritta Böttcher

Humanitäre Hilfe statt Kriegesätze

Die humanitären Hilfen der Bundesregierung für Pakistan sind Peanuts im Vergleich zu den Ausgaben für den Krieg in Afghanistan. Die Bundesregierung hat Pakistan Soforthilfe erst von einer Million Euro, dann 15 Millionen Euro versprochen. Allein der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr kostete letztes Jahr eine Milliarde Euro.

Angesichts der drohenden humanitären Katastrophe in Pakistan gilt es, dieses Missverhältnis zu beseitigen. Hunderttausende Menschen in den pakistanischen Grenzregionen waren bereits auf der Flucht vor den Bombardierungen durch die USA. Nun wird diese Region durch den Monsunregen überschwemmt. Ein langfristiges Hilfsangebot gegen soziale Missstände und die Folgen des Klimawandels muss aufgelegt, der NATO-Krieg und militärische Aufrüstung beendet werden.

Bundeswehr an gezielten Tötungsdelikten beteiligt

Im Tagesspiegel räumt mit dem Brigadegeneral Josef Dieter Blotz, Sprecher der ISAF-Truppe, erstmals ein hoher Militär in deutlichen Worten ein, dass das Kommando Spezialkräfte (KSK) an Liquidierungsaktionen in Afghanistan beteiligt ist. Die Beteiligung an gezielten Tötungen und die Zuarbeit zu sogenannten Todeslisten sind bisher immer dementiert worden. Offensichtlich ist das eine weitere Kriegslüge.

Das KSK ist seit 2001 am Krieg in Afghanistan beteiligt. Selbst Abgeordnete des Bundestages werden über ihre Einsätze nicht informiert. Die Operationen der Spezialkräfte sind nicht wegzudenkender Teil des Krieges in Afghanistan, dessen Ziel die Aufstandsbekämpfung ist. Deshalb muss die Bundeswehr samt ih-

ren Spezialkräften unverzüglich abgezogen werden.

Existenzminimum darf nicht vom Gutdünken der Wirtschaft abhängen

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, dass die Regelsätze für Kinder neu berechnet werden. Das soll bis zum Jahresende geschehen. Wir haben den Eindruck, dass Frau von der Leyen vor allen Dingen davon ablenken will, dass die Regelsätze für Kinder zu niedrig sind, dass davon kein menschenwürdiges Leben möglich ist.

Die ganze Diskussion um die Chipkarten hat vor allen Dingen die Auswirkung, arme Menschen zu kennzeichnen, sie zu stigmatisieren, zu demütigen. Es ist doch merkwürdig, je weniger Geld jemand hat, desto mehr Vorschriften sollen ihm gemacht werden. Ich finde, wir brauchen eine deutliche Verbesserung für Familien mit Kindern, aber wir brauchen auch deutlich bessere soziale Leistungen und Angebote.

Ein erster Schritt wäre, dass die Bundesregierung Geld zur Verfügung stellt, um wirklich für alle Kinder, die bedürftig sind, kostenloses Schulesen anzubieten. Das wäre ein Angebot, das ohne Chipkarte, ohne Bürokratie möglich wäre. Das wäre ein erster wirklicher Schritt. Ich bin überzeugt davon, dass die Länder das sehr unterstützen und auch Möglichkeiten finden würden, andere Kinder, deren Eltern kein hohes Einkommen haben, an so einem kostenlosen Mittagessen zu beteiligen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung beauftragt, bei der Neuberechnung der Regelsätze sicherzustellen, dass jedes Kind und jeder Erwachsene ein menschenwürdiges Existenzminimum bekommen.



In der Debatte der letzten Wochen ist zu beobachten, wie dieser verfassungsrechtliche Auftrag Schritt für Schritt in der Öffentlichkeit heruntergehandelt wird.

Zuerst wurde die Neuberechnung der Regelsätze für Erwachsene ausgeblendet, dann die Leistung für Kinder allein auf Sachleistung reduziert. Nun soll die Ausgestaltung der Chipkarte mittels privater Sponsoren aufgewertet werden.

Doch die Garantie des Existenzminimums darf nicht vom Gutdünken der Wirtschaft abhängen. Eine solche Regelung hätte zudem zur Folge, dass Kinder in ärmeren Regionen, in denen finanzkräftige Sponsoren kaum vorhanden sind, Chipkarten mit deutlich geringerem Angebot bekämen als Kinder in reichen Gegenden. Wenn es um das verfassungsrechtlich gebotene Existenzminimum geht, darf ein Kind in Zittau nicht schlechter gestellt sein als ein Kind in München. DIE LINKE setzt sich deswegen für eine Kindergrundsicherung in Höhe von 420 Euro ein. <



No more Hiroshima

Diese Forderung steht in Großbuchstaben am Museum im Friedenspark von Hiroshima. Hier war am 6. August 1945 von den USA die erste Atombombe in ihrer zerstörerischen Wirkung getestet worden. Drei Tage später wurde die zweite über Nagasaki gezündet. Japan hatte bereits vorher seine Bereitschaft zur Kapitulation signalisiert. Einen militärischen Zweck erfüllten die Bomben also nicht, eher einen „wissenschaftlichen“, wenn man weiß, dass die USA danach Wissenschaftler und Ärzte geschickt haben, um die Wirkung ihrer technischen Erfindung zu erforschen.

1981 hatte eine Regierungsdelegation der DDR in Nagasaki eine Stele zum Gedenken an den 9. August 1945 übergeben. Dort steht sie noch heute neben 14 anderen aus den verschiedensten Ländern der Welt und erinnert an die Friedenspolitik der DDR.

Diese und viele andere interessante Fakten fand ich in einem kleinen

Buch von Fritz Schumann, herausgegeben vom Spotless Verlag, der im Verlag edition ost erscheint. Spotless hat sich vor allem kritischen zeitgeschichtlichen Themen verschrieben, in normalen Buchhandlungen kaum



zu haben. Über Das Neue Berlin, Neue Grünstr. 18, 10179 Berlin kann man das Verlagsverzeichnis anfordern.

Der o.g. Titel ist in vielerlei Hinsicht lesenswert:

Fritz Schumann, Jahrgang 1987, integriert in seine Recherchen einen Ar-

tikel seines Vaters, Frank Schumann, veröffentlicht in der „Jungen Welt“ vom 6. August 1987. Ein Vergleich mit den eigenen Beobachtungen des Sohnes wird dem Leser überlassen.

2010 kämpfen japanische Gegner von Atomkraftwerken vehement gegen diese gefährliche Form von Energie. Der Autor berichtet an Hand von authentischen Aussagen.

Er entdeckt u.a., dass den Namen Richard Sorge in Japan fast jeder kennt. Wollen wir einen Test in Deutschland wagen?

Wenn das Wort „Hiroshima“ fällt, erscheint vor meinem geistigen Auge folgendes Bild aus einem Film der 50er Jahre:

Ein Mann sitzt auf einer Außentreppe seines Hauses. Nach dem Fall der Bombe steht von diesem Haus nur noch ein Mauerrest mit einem dunklen menschlichen Schatten ...

„No more Hiroshima“!

Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal

Kleine weiße Friedenstaube

*1. Kleine weiße Friedenstaube, fliege übers Land;
allen Menschen, groß und kleinen, bist du wohlbekannt.*

*2. Du sollst fliegen, Friedenstaube, allen sag es hier,
dass nie wieder Krieg wir wollen, Frieden wollen wir.*

*3. Fliege übers große Wasser, über Berg und Tal;
bringe allen Menschen Frieden, grüß sie tausendmal.*

*4. Und wir wünschen für die Reise Freude und viel Glück;
kleine weiße Friedenstaube, komm recht bald zurück.*

Katyn

Was hat es damit auf sich? Vielen DDR-Bürgern ist noch in Erinnerung, dass Chatyn ein Synonym für nationalsozialistische Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion war. Und nun suggerieren häufig wiederholte Kampagnen in den bundesdeutschen Medien, dass alles ganz anders war. Mehrere Tausend polnische Offiziere, Soldaten und Intellektuelle seien in den Wäldern um Katyn „im Mai/Juni 1940 von der sowjetischen Geheimpolizei erschossen und in Massengräbern verscharrt worden“.

Nun, man muss schon ziemlich genau im Internet und in seriöser Literatur recherchieren, um herauszufinden, dass es zwei Orte mit einem sehr ähnlich klingenden Namen gibt: Chatyn und Katyn.

Bei Chatyn handelt es sich um einen Ort in Weißrussland, etwa 20 km von Minsk entfernt, dort, wo die faschistische Wehrmacht als Vergeltung für einen Anschlag von Partisanen am 23.03.1943 die Bewohner des Ortes Chatyn in eine Scheune getrieben und diese dann in Brand gesteckt hat. 152 Einwohner sind dabei auf unmenschliche Art umgebracht worden, darunter 76 Kinder. Die Gedenkstätte fand bei der Bevölkerung und ausländischen Besuchern große Beachtung. Ein besonders emotionaler Bestandteil der Anlage ist, dass an jede der 26 niedergebrannten Holzhütten ein Schornstein gesetzt und eine Glocke angebracht worden ist. Die Glocken läuten im Abstand von 30 Sekunden und mahnen zur Andacht. Jedes der 186 während des Zweiten Weltkrieges in der Belorussischen SSR niedergebrannten Dörfer hat seine eigene Grabstelle, die das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen andeutet. In Deutschland wurde niemand für die Massaker zur Verantwortung gezogen. Dieses Chatyn spielt in den bundesdeutschen Medien nur eine untergeordnete Rolle.

Viel anders verhält es sich mit dem Katyn, das in Russland, in der Nähe von Smolensk, liegt. Auch dort sind Massaker unvorstellbaren Ausmaßes verübt worden. Über die Täter wird seit 1943 höchst kontrovers gestritten. Und auch heute noch haben konservative Kräfte in der BRD ein Interesse daran, die Verbrechen der nationalsozialistischen Okkupanten zu vertuschen und die Sowjetunion zu diskreditieren. Folgende Fakten sollen hier genannt werden:

Mit der Besetzung der östlichen Teile Polens (Westukraine und Westbelorusland) durch sowjetische Truppen nach dem 17. September 1939 wurden polnische Soldaten und Offiziere gefangen genommen.

Nach dem Überfall Hitler-Deutschlands am 21. Juni 1941 auf die Sowjetunion fielen auch die Westukraine und Westbelorusland in die Hände der deutschen Okkupanten, mit ihnen die Bevölkerung und die polnischen Kriegsgefangenen.

Die faschistische Wehrmacht hat Mitte April 1943 (also knappe zwei Jahre nach der Eroberung des Smolensker Gebietes) Massengräber in der Nähe von Katyn gefunden. Vom Ministerium für „Volksaufklärung und Propaganda“ wurde daraufhin eine Meldung verbreitet, nach der das Massaker der sowjetischen Armee unterstellt wurde.

Eine von den Nazis eingesetzte Kommission (ohne das Rote Kreuz) bestätigte selbstverständlich den Vorgang. Die nationalsozialistische Propaganda verfehlte aber ihr Ziel, vor allem wegen der selbst verübten Verbrechen (Warschauer Ghetto) und der herannahenden Front der Roten Armee.

Die faschistischen Truppen wurden im Sommer 1942 kurz vor Moskau gestoppt und mit der Stalingrader Schlacht im Winter 1942/43 wurde die Wende des Krieges eingeleitet. Im August 1943 wurde auch das Smolensker Gebiet von der Roten

Armee befreit. Sofort nach dem Erreichen des Gebietes wurde eine international besetzte „Untersuchungskommission zur Feststellung des Tatbestandes der Erschießung kriegsgefangener polnischer Offiziere im Wald vom Katyn“ (unter Mitwirkung des Roten Kreuzes bzw. Roten Halbmondes) eingesetzt, deren Ergebnisse wurden im Januar 1944 veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass die Erschießungen im Herbst 1941 von den deutschen Besatzern vorgenommen wurden. Als Beweise wurden der Zustand der exhumierten Leichen, bei den Leichen gefundene Schriftstücke, Munition, die aus deutscher Produktion stammt, und Zeugenaussagen angeführt.

Der gleiche Bericht wurde auch 1952 aus gegebenem Anlass erneut in verschiedenen Sprachen veröffentlicht (in der DDR in der „Neue Zeit“ Nr. 10 vom 5. März 1952).

Wie verhält es sich nun mit dem Schuldeingeständnis des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow am 13. April 1990 und der Übergabe geheimer Verschlussachen durch den russischen Präsidenten Jelzin im Oktober 1992 an die polnische Regierung? Der historische Wert der Aussagen Gorbatschows und der Papiere ist in höchstem Maße umstritten. Deutsche Journalisten (vornehmlich die dpa und Der Spiegel) und weitere Politologen erkennen schon immer lange Zeit, bevor sie überhaupt in Kenntnis des Inhaltes der Geheimakten sein können, wer die Schuldigen am Massaker von Katyn waren.

Gegen alle, die dem deutschen Geschichtsrevisionismus nicht folgen, wird heftigst polemisiert.

So musste auch der russische Präsident Putin heftige Kritik einstecken, weil er nicht wie seine Vorgänger Gorbatschow und Jelzin bereit war, die Reichtümer und Seele seines Landes an ausländische Machtha-

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

ber und inländische Spekulanten bedingungslos zu verhökern, auch die Katyn-Debatte sei seinetwegen ins Stocken geraten. In der „polnisch-russischen Kommission für schwierige Angelegenheiten“ müssen sich russische Historiker vorhalten lassen, viel zu sehr ideologisiert zu sein. Diese Kommission wurde 2010 wieder reaktiviert, auf Betreiben beider Regierungen.

Russische Gerichte aller Instanzen, die abschlägig über die Anträge zu Katyn entschieden haben, wurden attackiert, vornehmlich von der internationalen Menschenrechtsorganisation „Memorial“, die unter anderem mit amerikanischen und deutschen Steuergeldern unterstützt wird.

Die KP Russlands wendet sich ganz entschieden gegen die Einseitigkeit der Aufarbeitung und verweist auch auf die Massaker, die die Polen nach ihrem gescheiterten Feldzug 1920 (Interventionskriege) gegen Sowjetrußland an sowjetischen Gefangenen begangen haben. Am 28.04.2010 wurden auf Anordnung des russischen Präsidenten Medwed-

jew die Dokumente des russischen Staatsarchivs im Internet abgebildet.

Eine begrüßenswerte Geste der Annäherung und Aussöhnung, die auch auf polnischer Seite positiv aufgenommen wurde. Am 7. April 2010 nahmen der russische Premier Putin und der polnische Ministerpräsident Tusk gemeinsam anlässlich des 70. Jahrestages des Massenmordes an einer Gedenkfeier in Katyn teil. Der polnische Präsident Lech Kaczynski (der sich wiederholt sehr russisch-kritisch geäußert hatte) verunglückte bedauerlicherweise am 10.04.2010 bei einem nachträglichen Besuch - mit ihm weitere 95 Persönlichkeiten.

Und was steht nun in den Dokumenten? Ich wäre sehr dankbar dafür, würde mir der wahrhaftige bundesdeutsche Journalismus eine seriöse Übersetzung und eine wissenschaftliche Wertung anbieten, anstatt nur eine nichtssagende Abbildung zu zeigen. Ich könnte jede Wahrheit ertragen, vor allem angesichts der Tatsache, dass der Hitlerfaschismus der Welt sein Inferno aufgezwungen hat.

Manfred Gustke, Luckenwalde

Der Kalte Krieg geht weiter

Der Publizist Loewe ist gestorben. Nun bedarf es dazu keiner weiteren Erwähnung, denn das haben die Medien zur Genüge getan und auf seine frühere Tätigkeit als Korrespondent in der DDR hingewiesen.

Loewe war nichts anderes als ein gewöhnlicher Kalter Krieger und eingefleischter Hasser, all dessen, was nicht westlich war. Was für mich bemerkenswert ist, dass alle Medien inhaltlich wie abgesprochen textgenau in dasselbe Horn blasen.

Mit gleicher Intonation und Filmuntersetzung mussten die Kommentare offensichtlich den Vorgaben der Intendanten und Chefredakteure wie eh und je folgen. Eine differenzierte Wertung fand nicht statt: im Westen die Guten und die Schlechten im Osten.

Auch 20 Jahre nach der Angliederung wird die Delegitimierung der DDR nach demselben Muster des Kalten Krieges weiter praktiziert.

*Dr. Rudolf Haase,
Luckenwalde*

Auflösung Bilderrätzel



Zu sehen war in der letzten Ausgabe der Rangsdorfer See.

Die Gemeinde Rangsdorf liegt mit ihren Ortsteilen Groß Machnow, Rangsdorf und Klein Kienitz südlich von Berlin in einer von der letzten Eiszeit geprägten Landschaft.

Durch die Ablagerungen der schmelzenden Gletscher entstand die Teltow-Hochfläche mit einer Seenkette. Seit dieser Zeit prägt der Rangsdorfer See, der gleichzeitig beliebtes Ausflugsziel ist, das Bild der Region.

Archäologische Funde belegen, dass am Rangsdorfer See erste Siedlungen bereits um 8.000 v. Chr. bestanden, also bereits rund 2.000 Jahre nach dem Ende der letzten Eiszeit, deren Schmelzwasser den See bildeten.

Nach dem Wegzug der germanischen Semnonen rückten zwischen dem späten 7. und dem 12.

Jahrhundert slawische Stämme in den weitgehend siedlungsfreien Raum nach.

Die slawische Zeit ging 1157 mit der endgültigen Eroberung des Teltow und der Gründung der Mark Brandenburg durch den Askanier Albrecht den Bären zu Ende.

Der Teltow gehörte zu einem der Kerngebiete der jungen Mark. Im Zuge des Landesausbaus wurden neue Siedlungen im Bereich des Rangsdorfer Sees gegründet beziehungsweise bestehende slawische Siedlungen übernommen. <

Drei Wochen ... schon um?

So schnell wie in diesem Jahr schienen die Ferienwochen der „Kinder von Tschernobyl“ in Dahme noch nie vergangen zu sein. Drei Wochen in frischer, sauberer Luft – laut belorussischen Ärzten ausreichend, um das Immunsystem für ein Jahr stabil zu halten.

In diesem Jahr hatte Dahme schon zum 19. Mal Kinder aus den durch den Reaktorunfall in Tschernobyl verstrahlten Gebieten Belorusslands zur Erholung eingeladen. Dahme – d. h. der Arbeitskreis „Den Kindern von Tschernobyl“ – der mit Hilfe der vielen Spender und Unterstützer aus der Stadt und Umgebung diese Aufenthalte organisiert. Das Wetter spielte mit, so dass der Lieblingsaufenthaltsort wieder das Dahmer Schwimmbad war. Allerdings, wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte es genügend Abwechslung gegeben, denn

für viele Einrichtungen ist es schon zur Selbstverständlichkeit geworden, für unsere Gäste interessante Erlebnisse vorzubereiten. Oftmals heißt es: „Wenn ihr uns braucht – ein Anruf genügt!“. So haben sich Freunde der „Tschernobylzy“ aus allen Bereichen zusammengefunden – von Kindergarten, Hort und Schulen über Interessen- und Arbeitsgemeinschaften bis zu den Gaststätten. Die Fahr- schul-GmbH gibt verbilligt Quartier, Fahrdienste und Autohäuser stellen Fahrzeuge zur Verfügung. Aber auch nur so ist es möglich, den Kindern einiges zu bieten – sei es ein Nachmittag mit der Feuerwehr oder beim Kegelklub, eine Kahnpartie im Spreewald oder eine Exkursion nach Berlin und vieles andere Interessante.

Wichtig sind die Gasteltern, die über die Wochenenden die Kinder beherbergen und zusätzlich viel mit ihnen

unternehmen. Immer wieder neue Gasteltern zu finden ist manchmal ein bisschen schwierig, denn nicht jedem ist gegeben, mit so fremden Kindern, deren Sprache man kaum kennt, zurechtzukommen. So ist, wenn wir sagen können, dass alle Kinder untergebracht sind, eines der Hauptprobleme gelöst. Und meistens hatten die Gasteltern dann auch viel Spaß mit den Kindern.

Jetzt sind wir dabei, den vielen Spendern die Spendenquittungen zu überbringen. Ich nutze die Gelegenheit, persönlich für die Unterstützung zu danken. Dabei ist nicht selten zu hören: „Gern geschehen und dann bis zum nächsten Mal.“. Und so gibt es wieder Auftrieb und Lust weiterzumachen und für das nächste Jahr die Organisation des 20. Aufenthalts in Angriff zu nehmen.

Ilka Pietsch, Dahme

Druck braucht Gegendruck

Verstärkte neoliberale Politik der letzten 20 Jahre lässt den „Wohlstand für Alle“ immer weiter verschwinden. Eine gerechte Lastenverteilung zu Gunsten ärmerer Bevölkerungsschichten ist in das Gegenteil verkehrt worden. Es gibt einerseits zunehmend horrenden Gehälter plus Boni, andererseits immer mehr Hungerlöhne, die nicht zum Leben reichen.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer rasanter. Das gilt für alte und neue Bundesländer, aber auch europa- und weltweit. Besonders die Schwarz-Gelbe Regierung ist um weitere Druckerhöhung auf die bisher schon benachteiligten Bevölkerungsschichten bemüht. In unserem doch eigentlich reichen Land gibt es immer mehr arme Kinder. Deutschland sinkt im sozialen europäischen Ranking immer weiter. Doch zwischen alten und neuen Bundesländern gibt es deutliche Unterschiede. Der Paritätische Gesamt-

verband hat zum 01. Mai 2009 einen Armutsatlas und zum 31. Juni 2010 einen Sozialatlas durch Dr. Rudolf Mertens erstellt. Beide sind nach prozentualer Benachteiligung farblich gestaltet. Dabei sind die Umrisse der ehemaligen DDR deutlich im negativen Sinn erkennbar. Alles ist jeweils durch Tabellen und Diagramme bis auf jeden Landkreis belegt. Doch auch Kirchen, Basisverbände der großen Parteien, Einzelgewerkschaften und DGB sprechen den Sozialabbau immer deutlicher an. In der Pressemitteilung 53/10 vom 05.08.2010 spricht der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg vom „Abbau Ost“ bei den vorgesehenen Sparprogrammen.

Da DIE LINKE das Sozialdumping schon lange anspricht, bekommt sie damit teilweise unfreiwillig Unterstützung ihrer Mahnungen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen deutlich: Was in den neuen Bundesländern an Sozialabbau durchgesetzt werden konnte, ist dann auch in den alten

Bundesländern spürbar geworden. Der notwendige Gegendruck darf aber nicht nur von den oben genannten Verbänden kommen, sondern auch von den Betroffenen selbst, z.B. in ihren Verbänden, öffentlichen Diskussions-Foren und entsprechenden Demos. Der DGB Kreisverband Teltow-Fläming veranstaltet am 06.10.2010, dem „Welttag für menschenwürdige Arbeit“, um 17.00 Uhr im Gebäude der Jüterboger Tafel ein Diskussionsforum. Unter der Überschrift „Wie lange noch?“ sollen Politiker und Betroffene ihre Einstellungen zu den sozialen Zuständen im Land und besonders in den östlichen Bundesländern geltend machen. Eingeladen sind alle Bürger, zwei Referenten betroffener Verbände und die Abgeordneten aller demokratischen Parteien vom Wahlkreis 24 (TF II). Wir bitten um rege Teilnahme, um auch damit den notwendigen Gegendruck zu erzeugen.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

„Literaturgruppe“ – „Lesestübchen“

Der „Treff der Bücherfreunde“ von Mellensee hat mich angeregt, über meine „Treff“-Erlebnisse zu schreiben.

Mit der Gründung des Luckenwalder Heimatvereins hatte sich auch eine Literaturgruppe gebildet, in der sich vorwiegend ehemalige Deutschlehrerinnen über Literatur austauschten. Wir gestalteten Lesungen im Luckenwalder Heimatmuseum, z. B. über Goethe, Schiller, Anna Seghers, thematische in der Adventszeit oder im Frühling.

Aus verschiedenen Gründen wurde unsere Gruppe kleiner, aber ohne Blicke in die Literatur können wir nicht leben. So lernten wir z. B. in der letzten Zeit vier jüdische Lyrikerinnen kennen –Gertrud Kolmar, Mascha Kaléko, Else Lasker-Schüler und Nelly Sachs („LinksBlick“ berichtete). Ausgangspunkt war das Buch von Horst Nalewski „Deutsche Dichterinnen jüdischen Schicksals“.

In unseren Begegnungen diskutieren wir nicht nur über die literarischen Inhalte und deren sprachliche Gestaltung, uns interessieren auch die Lebensumstände, die die Autoren zu meistern hatten, und deren Widerspiegelung in ihren Werken. Philosophische Fragen werden nicht ausgespart.

Anders ist die Grundlage für unser „Lesestübchen“. Ins Leben gerufen wurde es 1999 von Monika Krause, als sie Leiterin des „Hauses der Generationen“ in Woltersdorf war. Leseratten aus Woltersdorf und Luckenwalde treffen sich einmal im Monat, auch nachdem die Initiatorin ins Rentnerinnenleben gewechselt ist. Wir profitieren von ihren Erlebnissen und Eindrücken



auf der jährlich im März stattfindenden Leipziger Buchmesse. Die Lese-Empfehlungen kann der Einzelne gar nicht bewältigen. Aber wir tauschen uns darüber aus. Oft hat der eine oder andere Interessantes entdeckt, stellt das Buch der Gruppe vor. Das bereitet Freude, in gemütlicher Runde zusammensitzen und unsere Gedanken zusammenzutragen. Unsere Gruppe ist für alle offen, mancher zog sich aus beruflichen Gründen von uns

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Diethild Steffen in Blankenfelde zum 76. Geburtstag am 11.09.
Inge Beck in Blankenfelde zum 76. Geburtstag am 12.09.
Dieter Schenk in Blankenfelde zum 79. Geburtstag am 12.09.
Marianne Haupt in Zossen zum 71. Geburtstag am 13.09.
Lothar Hummel in Dahlewitz zum 77. Geburtstag am 15.09.
Gerhard Krahlsch in Jüterbog zum 87. Geburtstag am 17.09.
Renate Klettke in Ludwigfelde zum 74. Geburtstag am 18.09.
Irmgard Zachlod in Luckenwalde zum 71. Geburtstag am 18.09.
Luise Grunitz in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 19.09.
Erna Künstner in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 20.09.
Hannelore Hübener in Luckenwalde zum 71. Geburtstag am 21.09.
Gerhard Schliebener in Dahme zum 72. Geburtstag am 25.09.
Inge Splettstößer in Zossen zum 78. Geburtstag am 25.09.
Anna Waterstradt in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 28.09.
Siegmond Schöne in Ludwigfelde zum 81. Geburtstag am 30.09.
Peter Anders in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 03.10.
Klaus-Joachim Heise in Blankenfelde zum 83. Geburtstag am 03.10.
Annelies Englert in Jüterbog zum 87. Geburtstag am 04.10.
Irma Hamann in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 08.10.

Peter Kopp in Ludwigfelde zum 50. Geburtstag am 14.09.
Gisela Ernst in Blankenfelde zum 85. Geburtstag am 15.09.
Ilona Schumann in Am Mellensee zum 50. Geburtstag am 17.09.
Werner Brehmer in Jüterbog zum 85. Geburtstag am 21.09.
Horst Pukowski in Ludwigfelde zum 80. Geburtstag am 25.09.
Helga Mostowy in Blankenfelde zum 80. Geburtstag am 27.09.
Gotthard Beer in Rangsdorf zum 80. Geburtstag am 03.10.
Marianne Kräuter in Jüterbog zum 60. Geburtstag am 07.10.
Konrad Tschorn in Zossen zum 60. Geburtstag am 07.10.

zurück, andere kamen hinzu. Unsere Gruppe hat sich sogar schon an Lesungen gewagt, solche mit viel Humor. „Rund ums Gartenjahr“ oder „Katzen“ als „Persönlichkeit“ brachten uns und den Zuhörern viel Freude.

Ich bin in beiden Gruppen, möchte keine missen, so unterschiedlich sie auch sind. Literarische Interessen verbinden uns und Neugier auf bisher unbekannte Bücher.

„Lesen ist die Schwierigkeit, ein Land fremder Phantasie mit eigenen Gedanken zu bevölkern.“ (Kurt Tucholsky)

In diesem Sinne hoffen wir auf weitere interessierte Leseratten, in Gruppen oder allein.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Termine

Bildungsabend

Dr. Wolfgang Erlebach
zu Gast in Luckenwalde:
**„Was wird aus dem deutschen
Gesundheitswesen?“**
am 14. September 2010
um 18.00 Uhr
in der Geschäftsstelle
Luckenwalde

15.09.10 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

20.09.10 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

22.09.10 19.00 Uhr
Forum mit Kerstin Kaiser
Grüne Passage in Blankenfelde

27.09.10 18.30 Uhr
Beratung der BO-Vorsitzenden
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

30.09.10 19.00 Uhr
Gesprächsabend mit
Peter Michel Diestel
Walkmühle Woltersdorf

06.10.10 17.00 Uhr
DGB Kreisverband TF
Diskussion zum Thema:
„Wie lange noch?“
beim Arbeitslosenverband,
Gewerbering 7 in Jüterbog

Landleben live

7. Brandenburger Dorf- und Erntefest und 10. Kreiserntefest am 11. September 2010 in Jänickendorf

Das o. g. Großereignis findet in der knapp 7.000 Einwohner zählenden
Gemeinde Nuthe-Urstromtal statt.

Das typische Straßendorf Jänickendorf stellt sich der großen Herausforderung, allen Besuchern Eindrücke vom vielfältigen Leben auf dem
Lande zu vermitteln.

Ob Festumzug, thematisch gestaltete Erlebnishöfe
(z. B. Technik, Bienenzucht, Kartoffel, Töpferei, Pferdezucht, Backofen),
Naturralle für die Jüngsten,

Kürung der Erntekönigin, Auszeichnung der schönsten Erntekrone,
Brandenburger Biermeile, Erlebnismarkt mit ca. 140 Ausstellern,
für alle dürfte etwas Interessantes dabei sein.

Die Programme laufen ab 10.00 Uhr.

DIE LINKE Teltow-Fläming wünscht allen Besuchern einen
erlebnisreichen Tag.

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 337 1/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/43269 1, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653

Spendenkonto: 363 302 7415,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 18. August 2010, der nächsten Ausgabe: 15. September 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

„Der Gebrauch von Fremdwörtern

ist Glückssache.“, hat mich einer meiner Deutschlehrer gelehrt. Nun stecke ich selbst in der Falle.

Nach dem Erscheinen der Juli-Ausgabe wurde die „LinksBlick“-Redaktion darauf aufmerksam gemacht, nicht so viele neumoderne Fremdwörter zu verwenden. Deshalb erfolgt nun eine kurze Erklärung der Begriffe LEADER+-Programm und Doppik. Das von der Europäischen Union geförderte LEADER+-Programm betrifft, auch mit finanzieller Unterstützung durch die EU, die Entwicklung des ländlichen Raums.

Das Wort Doppik steht für „Doppelte Buchführung in Konten“. Diese Art der Buchführung soll bis 2012 auf kommunaler Ebene eingeführt werden. Das Modell, das Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung umfasst, soll mehr Kostentransparenz, Kostenvorteile und ein effizienteres Arbeiten der Kommunalverwaltungen ermöglichen als die bisherige Form der Buchführung.

*Ingrid Köbke,
Redaktionsmitglied*

Mit Trauer erfuhren wir vom Tod
unseres Genossen
Matthias Jank
Wir werden sein Andenken
in Ehren halten.

DIE LINKE.
Kreisverband
Teltow-Fläming

DIE LINKE.
Stadtverband
Luckenwalde

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming